

Hammerschmid will rasch Autonomiepaket

2017-01-09 18:55

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) will beim Autonomiepaket bald einen Grundkonsens erreichen. „Mein Ziel ist es, bis Ende Jänner einen über weite Strecken abgestimmten Begutachtungsentwurf zu haben.“

Im Zuge des Autonomiepakets sollen die ersten Standorte mit dem Schuljahr 2017/18 starten. Danach sollen Schulen ihre Erfahrung via „Peer-Learning-System“ an andere Standorte weitergeben, erklärte Hammerschmid bei einem Pressegespräch am Montag in St. Pölten.

Es handle sich um ein „Möglichkeitenpaket“, das u.a. Pädagogen neue Möglichkeiten für themen- und projektspezifischen Unterricht geben solle, betonte die Bildungsministerin. Zudem sollen Schulstandorte selbst über die Dauer einer Unterrichtseinheit bestimmen und sich mehrere Schulen aus einer Region zu Clustern zusammenschließen können. Insgesamt betrifft das Paket laut Hammerschmid 32 Gesetze und 400 Verordnungen.

Schüler sollen digitale Kompetenzen lernen

In puncto Digitalisierung sollen Kindern und Jugendlichen künftig in der Schule digitale Kompetenzen vermittelt werden. Es gehe um den Umgang mit Wissen und Content im Internet, um Themen wie Cybermobbing und Hasspostings, so die Ministerin. Schüler sollen mit Handwerkszeug für kritisches Hinterfragen und ethische Reflexion ausgestattet werden, erklärte Hammerschmid, die Ende Jänner eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung ab der Volksschule präsentieren will. Dabei gehe es auch um Infrastruktur, Lernmaterialien und Fort- und Weiterbildung von Pädagogen.



ORF

Sonja Hammerschmid (l.) und Matthias Stadler bei der Pressekonferenz in der Landeshauptstadt

Beim Ausbau der Ganztagsschulen gehe es nun an die Umsetzung, so Hammerschmid. Der Nationalrat hat im Dezember eine Förderung von insgesamt 750 Millionen Euro ab dem Schuljahr 2017/18 bis 2024/25 beschlossen. Wichtig sei die „qualitätsvolle Gestaltung“ des Angebots - in Form von Nachmittagsbetreuung oder der Verschränkung von Unterricht, Lern-, Ruhe- und Freizeitphasen.

Stadler zur Ganztagsschule: „Wahlfreiheit für Eltern“

Es sei Ziel, dass in Niederösterreich flächendeckend beide Formen angeboten werden, sodass Eltern Wahlfreiheit haben, sagte Matthias Stadler, Landesvorsitzender der SP Niederösterreich und Bürgermeister von St. Pölten. Ganztagsschulen hätten sich international bewährt, „ich halte viel vom Konzept der verschränkten Form“, so Stadler.

Ganztagesesschulen hätten viele Vorteile, so der SPÖ-Vorsitzende: "Zum Beispiel bessere Bildungschancen, deutliche Reduktion der teuren Nachhilfe sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem bleibt mehr Zeit für ein Familienleben, Zeit für Spielen und Spaß, weil das Lernen bereits in der Schule stattgefunden hat“, sagte Stadler. Ihm sei es wichtig, klarzumachen, dass die ganztägige Schulform nicht verpflichtend für alle gelte, aber ein notwendiges Angebot für viele Eltern und Kindern sein sollte.